

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bezirkstag Mittelfranken



Kommunalunternehmen Bezirkskliniken:
Statement der Fraktionsvorsitzenden Gisela Niclas zur öffentlichen Debatte im
Bezirkstag von Mittelfranken am 27. Juli 2017

Arbeit in den Bezirkskliniken muss öffentlicher Bewertung jederzeit standhalten können

Patientinnen und Patienten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Bezirksbürgerinnen und -bürger müssen sich darauf verlassen können, dass die in einer Anstalt des öffentlichen Rechts wie unserem Kommunalunternehmen Bezirkskliniken geleistete Arbeit, ganz gleich ob am Krankenbett, in der Verwaltung oder in der Führungsebene einer öffentlichen Bewertung jederzeit standhalten kann. Für die Arbeit in den Kliniken, für die Steuerung des Kommunalunternehmens durch den Verwaltungsrat und für die Ausübung der Verantwortung durch den Bezirkstag gilt: Soviel Öffentlichkeit und Transparenz wie möglich, soviel Nichtöffentlichkeit wie nötig.

Lob für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Ausbau wohnortnaher psychiatrische Versorgung

Unsere rund 3000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die tagtäglich mit hoher fachlicher Kompetenz und Motivation ihre Arbeit zum Wohl der PatientInnen leisten, tun dies unter Bedingungen zunehmender Ökonomisierung der medizinischen Versorgung. Der Druck kommt vom Gesetzgeber, Stichwort PEPPs, die fatalen Fallpauschalen in der Psychiatrie, und von den Krankenkassen, Stichwort Verkürzung der Verweildauer von Patienten.

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre tägliche Arbeit. Ihr Einsatz kann jederzeit einer öffentlichen Bewertung standhalten. Es gibt nur vereinzelt Beschwerden von Patienten und Angehörigen.

Die steigende Zahl der Pflegekräfte, Maßnahmen zur dezentralen, wohnortnahen psychiatrischen Versorgung, Öffentlichkeitskampagnen zur Entstigmatisierung seelischer Erkrankungen, die Medizinstrategie 2020 ff, aber auch die Überwindung des Defizits und die anstandslos testierten Jahresabschlüsse der letzten Jahre sind gute und richtige Entwicklungen, die ebenfalls einer öffentlichen Bewertung standhalten können.

In den letzten Wochen sind Vorwürfe, aber auch Fakten in den Medien bekannt geworden, die einer öffentlichen Bewertung nicht standhalten können. Vorwürfe und Fakten, die die SPD-Fraktion bereits vor der Presseöffentlichkeit kritisch hinterfragt hat; Vorwürfe und Fakten, die dazu geführt haben, dass sogar die Rechtsaufsicht, das bayerische Innenministerium,

inzwischen tätig geworden ist. Ich greife zwei Punkte heraus:

2 Dienstwägen: Unangemessen für den Vorstand, Vernachlässigung der Informationspflicht des Verwaltungsratsvorsitzenden

Der Verwaltungsratsvorsitzende hat neben dem Arbeitsvertrag mit dem Vorstand eine schriftliche Nebenabrede für zwei Dienstwägen vereinbart und dem Verwaltungsrat trotz Informationspflicht keine Kenntnis gegeben. Über die Nebenabrede informiert er erst nach Jahren aufgrund eines anonymen Briefes. Der Verwaltungsrat fordert – richtigerweise – die schnellstmögliche Beendigung dieser Ausstattung. Unabhängig von der Verletzung der Informationspflicht des Verwaltungsratsvorsitzenden gegenüber dem Aufsichtsgremium ist zu diesem Vorgang Folgendes festzustellen. Gleich zwei Dienstwägen für nur einen Chef mögen betriebswirtschaftlich ein Schnäppchen sein; für den Vorstand eines öffentlichen Unternehmens, der der Belegschaft Vorbild sein will, ist das unangemessen und nicht hinnehmbar. Das hätte nicht nur dem Verwaltungsratsvorsitzenden, sondern auch dem Bezirkstagspräsidenten Bartsch klar sein müssen!

Mobbing im Mitarbeitergespräch verstößt gegen das Leitbild der Kliniken

Der Vorstand führt Mitarbeitergespräche. Das ist sein Job. Wenn er dabei aber Begriffe wie Jammerer, Unkerer, Zweifler, Risikovermeider u.a. verwendet und das von seinem Gesprächspartner auch noch gegengezeichnet haben will, ist das Beleidigung, Mobbing und ein Verstoß gegen das Leitbild der Kliniken. Von einem Vorstand, mit dem wir erst vor knapp 2 Monaten einen neuen Vertrag mit einer sehr respektablen finanziellen Ausstattung abgeschlossen haben, erwarten wir als SPD-Fraktion die sofortige Einstellung solcher Praktiken, Bereitschaft zu Selbstkritik und Lernbereitschaft beim Umgang mit dem Führungspersonal und zur Integration der Belegschaft.

Ich werde jetzt nicht alle Schlagzeilen der letzten Wochen kommentieren. Ich belasse es bei diesen beiden Beispielen.

Der Innenminister hat – erstaunlich schnell, jedenfalls schneller als die SPD einen Antrag stellen konnte – eine umfassende Stellungnahme verlangt; die Rechtsaufsichtsbehörde wird also prüfen. Die SPD-Landtagsfraktion wird diese Prüfung kritisch parlamentarisch begleiten. Mit dem Ergebnis werden wir uns zu befassen haben, wenn es vorliegt.

Spaltung der Mitarbeiterschaft überwinden

Heute geht es aus der Sicht der SPD-Fraktion darum, ein Signal gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Öffentlichkeit zu setzen. Ein Signal, dass wir gewillt sind, die von ihnen, Herr Bezirkstagspräsident, in der gestrigen Presse diagnostizierte Spaltung der Mitarbeiterschaft überwinden zu helfen.

Deswegen stellen wir heute unseren Antrag mit der Überschrift „Transparenz und Kontinuität“ sichern. Transparenz haben sie, Herr Bezirkstagspräsident, gestern in der Presse in größtmöglichem Umfang angekündigt – in jeder Bezirkstagssitzung – von jetzt an. Prima, das geht ja sogar weiter als unser Antrag! Im selben Atemzug haben sie ihren eigenen Anspruch aber wieder relativiert, indem sie die Fraktionen auf Gespräche hinter verschlossenen Türen verweisen. Selbstverständlich laden wir als SPD-Fraktion von Zeit zu Zeit den Vorstand zu unserer Sitzung ein. Diese nichtöffentlichen Gespräche sind allenfalls eine Ergänzung, aber kein Ersatz für die verbindliche Rede und Antwort im demokratisch legitimierten Gremium Bezirkstag – öffentlich oder nichtöffentlich.

SPD fordert Stärkung des Verwaltungsrats, Transparenz und Kontinuität durch verbindliche Satzungsregeln

Unsere Bezirkskliniken dürfen nicht wie ein x-beliebiges Wirtschaftsunternehmen am Markt aufgestellt und organisiert werden. Trotz eigenständiger Rechtsform und Satzung haben wir die politische Verantwortung dafür und müssen sie auch wahrnehmen. Der in der Satzung nach unserer Auffassung zu groß dimensionierte Handlungsspielraum gegenüber einem vergleichsweise begrenzten Durchgriffsrecht des Kontrollorgans Verwaltungsrat stellt ein strukturelles Problem dar. Wenn sich z.B. ein leitender Mitarbeiter aus einem wichtigen Grund an den Verwaltungsratsvorsitzenden wendet, muss er sicher sein können, dass dies keine Nachteile für ihn hat. Das kann ihm aber der Verwaltungsrat nicht garantieren, er hat nur ein Informationsrecht, aber kein Eingriffsrecht.

Unsere Forderungen sind nicht neu, fanden aber bisher leider keine Mehrheit. Folgende Punkte wollen wir in der Satzung verankern. Nur so werden sie verbindlich:

- **Einstellungen und Entlassungen müssen im Verwaltungsrat genehmigt werden.** Die Kliniken brauchen Kontinuität auf der Führungsebene; zu viele und zu schnelle Wechsel tun nicht gut.
- **Überlastungsanzeigen und Maßnahmen zur Vermeidung und Gegensteuerung gehören verpflichtend auf jede Tagesordnung** Von den Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hängt das Wohl der Patienten ab.
- **Wahl einer Stellvertretung im Verwaltungsrat;** damit wollen wir das 4-Augen-Prinzip an der Spitze des Kontrollorgans institutionalisieren.
- **Stärkung der Kontrollmöglichkeiten bei der Vergabe von Aufträgen**
- **Direkte Anbindung der in den Kliniken bereits vorhandene Ombudsstelle, der Stabsstelle „Interne Revision“, an den Verwaltungsrat;** Herausnahme aus dem Anweisungsbereich des Vorstandes, nur so kann sie ihrer Funktion als unabhängige Anlaufstelle bei Beschwerden gerecht werden.

Wir brauchen keine neuen Beschwerdeinstanzen. Wir haben die örtlichen Personalräte und den Gesamtpersonalrat, und wir haben die Beauftragten für die einzelnen Kliniken aus den Reihen des Bezirkstages. Anonyme Briefe gehören in den Papierkorb. Wer Kritik äußert, darf keine Nachteile erfahren. Dafür müssen wir sorgen. Nur so kann wieder Vertrauenskultur entstehen.